

---

# Symbolik und Technik des Wählens in der Vormoderne

Barbara Stollberg-Rilinger

Wahlen waren im vormodernen Alten Europa auf allen Ebenen der Ständegesellschaft allgegenwärtig – der Papst und der römisch-deutsche König wurden gewählt, der polnische, zeitweise auch der böhmische und der ungarische König wurden gewählt; zu den französischen Generalständen, zum englischen Unterhaus, auch zu einigen Ständekammern im Alten Reich wurden gewählte Vertreter geschickt; Bischöfe, Äbte und Äbtissinnen wurden von ihren Dom- und Stiftskapiteln gewählt; Professoren und Rektoren in den Universitäten wurden gewählt; Stadträte, Schöffen und Bürgermeister, gemeindliche Amtsträger bis hin zum Bauermeister und zur Hebamme auf dem Land wurden gewählt.<sup>1</sup>

Dieser Befund scheint auf den ersten Blick überraschend. Denn die auf stratifikatorischer Differenzierung beruhende ständisch-korporative Gesellschaft folgte doch vor allem einer Logik der Erbfolge, der Allokation durch Geburt; das heißt, Herrschaft wurde in erster Linie durch familiäre Reproduktion auf Dauer gestellt. Wieso dann so viele Wahlen? Handelte es sich überhaupt, wenn von *eligere*, *electio*,

---

1 Zu Wahlen im vormodernen Europa vgl. allgemein Schneider und Zimmermann (1990), Brauner (2001), Péneau (2008, 2010), Dartmann et al. (2010), Stollberg-Rilinger (2000), Stollberg-Rilinger und Krischer (2010) und zuletzt Christin (2014). Zur Papstwahl vgl. zuletzt Wassilowsky (2010, S. 139ff.). Zur Königswahl siehe zusammenfassend zuletzt Rogge (2006). Wahlen zu den französischen Generalständen behandelt Christin (2014), zum englischen Unterhaus siehe Kishlansky (1986) und O’Gorman (1992), für Wahlen zu Ständekammern siehe Blickle (1973). Zur Wahl von Bischöfen, Äbten und Äbtissinnen siehe Erkens (1998), Thier (2011), Schreiner (2000) und Schraut (2000). Zu Wahlen an Universitäten vgl. Schwinges (1992), Füßel (2008) sowie Christin (2014, S. 104ff.). Zu Wahlen im städtischen und ländlichen Rahmen vgl. z. B. Schmitt (2001, S. 71ff.).

*kiesen, kören* oder *Kur* die Rede war, um das gleiche, was wir heute unter Wahlen verstehen?<sup>2</sup>

Die herkömmliche Verfassungsgeschichte hat solche Phänomene meist als (proto-) demokratische oder „republikanische“ gedeutet. Prägend war die Gegenüberstellung der Prinzipien von Herrschaft versus Genossenschaft (Gierke 1868–1913) oder von monarchischer und republikanischer Form, die seit dem Mittelalter in einem ständigen Spannungsverhältnis zueinander gestanden hätten. Auch in der Geschichte der politischen Ideen erscheinen Wahlen als Vorläufer der modernen Demokratie beziehungsweise als Kennzeichen eines spezifisch vormodernen „Republikanismus“ (Koenigsberger und Müller-Luckner 1988; van Gelderen und Skinner 2002).<sup>3</sup> Dabei werden Mittelalter und Frühe Neuzeit allerdings oft nur sehr selektiv wahrgenommen; man springt meist von der Antike direkt zum Renaissance-Humanismus und von dort zu Aufklärung und Revolution.<sup>4</sup> Das liegt nicht nur daran, dass vormoderne Wahlen jenseits dieser ideengeschichtlichen „Inseln“ von den großen zeitgenössischen politischen Denkern wenig thematisiert worden sind. Es liegt vielmehr vor allem daran, dass man vormoderne Wahlen in der Regel in den Kontext der großen, prägenden liberal-demokratischen Fortschrittserzählung der Moderne eingeordnet und sich vornehmlich für deren „Vorläufer“ interessiert hat. Viele Phänomene fügen sich einer solchen Großerzählung allerdings nicht ohne weiteres ein. Von der neueren historischen Forschung ist diese Sicht auf die Vormoderne daher inzwischen sehr weitgehend als Traditionserfindung entzaubert worden.<sup>5</sup> Um „eine Geschichte der modernen Demokratie“, wie der Titel dieses Bandes nahelegt, geht es in diesem Beitrag also gerade nicht. Denn in die Demokratiegeschichte lassen sich vormoderne Wahlen nur um den Preis einordnen, dass man ihre Eigenart verkennt. Wahlen müssen ja keineswegs demokratisch sein (vgl. Manin 1995). Eine recht klare Zäsur – so meine These – trennt vormoderne von modernen Wahlen. Das bedeutet allerdings nicht, dass der Wandel linear verlaufen

- 
- 2 „Ein Bestellungsverfahren, bei dem viele (die Wähler) gemeinsam bestimmen, welche wenigen (die Gewählten) Macht erhalten sollen“, so Woyke (1996, 17f.), im Unterschied zu Losentscheid, Akklamation, Erbfolge, Ernennung und Beförderung; vgl. dazu Schwerhoff (2010, S. 96). Angemessener in historischer Perspektive ist die Definition von Weller (2011, Sp. 497): „Übertragung von Machtbefugnissen an Herrschafts- und Funktionsträger mittels formalisierter Verfahren der Stimmabgabe“, was Kooptation, Akklamation und Losentscheid nicht grundsätzlich ausschließt.
  - 3 Zum Wandel des Republikanismusbegriffs grundlegend Mager (1972, S. 549ff.; 2004, S. 13ff.); zur Rezeption des antiken Republikverständnisses Nippel (2008).
  - 4 So etwa – bei allem Materialreichtum – Flaig (2013a).
  - 5 Vgl. etwa die Kritik bei (Schwerhoff 2010; Meier und Schreiner 1994, S. 11ff.; Schlögl 2004; Krischer 2006).

wäre; im Übergang zu modernen Wahlen entstanden vielfältige hybride Formen. So ließ etwa der Landadel auf Korsika seine Sprösslinge in republikanische Ämter wählen oder Napoleon III. gab als Herrscher die zu wählenden Kandidaten und damit das Wahlergebnis vor.<sup>6</sup> Doch der moderne Gleichheits- und Allgemeinheitsanspruch entfachte seit der Wende zum 19. Jahrhundert eine Dynamik, die das Politische tendenziell aus den sozialen Ungleichheitsstrukturen der Umwelt herauslöste.

Vormoderne Wahlphänomene tauchen sowohl in „herrschaftlichen“ als auch in „genossenschaftlichen“ Zusammenhängen, in monarchischen und republikanischen Verfassungskontexten auf – was aber meist nicht zusammen in den Blick genommen wird. Bei näherem Hinsehen gibt es aber eine Menge an Gemeinsamkeiten. Der Unterschied zwischen der Allokation von Amt und Status durch Geburt einerseits und durch Wahl andererseits ist nicht so groß, wie man aus heutiger Perspektive anzunehmen geneigt ist. Man kann beides zwar analytisch trennen; in der Realität waren die Übergänge aber vollkommen fließend. Wahlen im „Alten Europa“ funktionierten ganz anders, als wir es uns vorstellen, wenn wir von modernen Selbstverständlichkeiten ausgehen und nach dem Aufkommen des aktiven und passiven Wahlrechts als eines zentralen staatsbürgerlichen Freiheitsrechts und als Grundlage der Volkssouveränität fragen. Legen wir unser heutiges demokratisches Maß an, dann verfehlen wir Sinn und Logik dessen, was in der Vormoderne *electio*, Wahl, genannt wurde. Es scheint daher sinnvoll, unter „Wahl“ ganz allgemein einen institutionalisierten Modus zur Reproduktion einer legitimen Herrschaftsordnung über den Wechsel der Individuen hinaus zu verstehen.

Im Folgenden beziehe ich mich zeitlich und räumlich auf das „Alte Europa“ vom Spätmittelalter bis zur Revolutionsepoche um 1800. Sachlich beschränke ich mich auf zwei Beispiele, nämlich die römisch-deutsche Königswahl und die – idealtypische – kommunale Ratswahl nördlich der Alpen. Beide wurden im 14. Jahrhundert ungefähr gleichzeitig stärker formalisiert und schriftlich fixiert; beides hatte bis zum Ende des 18. Jahrhunderts eine hohe Beharrungskraft. Trotzdem sind weder die Goldene Bulle, das Gesetz über die deutsche Königswahl, noch die städtischen Ratswahlstatuten mit modernen Verfassungstexten zu verwechseln.

---

6 Vgl. die Beiträge in diesem Band von Jean-Louis Briquet sowie von Malcolm Crook und John Dunne.

## 1 Erstes Beispiel: Die Königswahl im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation

Solange es keine formalisierten schriftlichen Thronfolgeregelungen gab, gingen in den europäischen Königreichen Nachfolge durch Erbrecht und durch Wahl fließend ineinander über (Keller 2010). Das änderte sich im Spätmittelalter.<sup>7</sup> Während in den meisten Monarchien die erbliche Thronfolge in dynastischen Hausverträgen festgelegt wurde, Herrschaftsnachfolge also in einen quasi-natürlichen Automatismus verwandelt und mit der Aura des Unverfügbaren umgeben wurde, war das im Römisch-deutschen Reich anders. Hier behauptete sich aus vielerlei Gründen das Prinzip der Wahl durch die „Großen“, deren Kreis sich schon im 13. Jahrhundert auf die sieben Kurfürsten verengt hatte.<sup>8</sup> Die Erfahrung von Herrschaftskrisen – es kam mehrfach zu Doppelwahlen – führte zur Formalisierung der Wahl, nämlich durch die berühmte Goldene Bulle Karls IV. von 1356, die zwar erst im Laufe der Zeit den Status eines unverfügbaren Reichsgrundgesetzes erwarb, die dann aber, ungeachtet faktischer Verstöße und Veränderungen im Detail, bis zum Ende des Reiches 1806 von einer erstaunlichen normativen Beharrungskraft war.<sup>9</sup>

Die Goldene Bulle fixierte den Kreis der sieben Königswähler, deren Privilegien und den zeremoniellen Umgang untereinander, sie bestimmte Ort, Dauer und Verfahren der Wahl und legte die Geltung der Mehrheitsregel fest. Wenn alle Kurfürsten oder die Mehrzahl die Wahl vollzogen haben, so heißt es dort, dann ist diese Wahl so anzusehen, als ob sie von ihnen allen einhellig und ohne Gegenstimme vollzogen worden wäre. Damit sollte zweierlei garantiert werden, und das ist der springende Punkt: erstens, dass überhaupt entschieden wurde, und zwar eindeutig, und zweitens, dass allein und ausschließlich von den sieben Kurfürsten entschieden wurde. Beides hing unauflöslich miteinander zusammen. Ähnlich wie bei der Papstwahl bereits über ein Jahrhundert zuvor gingen die Einführung des Mehrheitsprinzips und Abschließung der Wahlkörperschaft Hand in Hand und bedingten einander. Es kennzeichnet ja formale Verfahren ganz allgemein, dass der Kreis der Beteiligten durch Mitgliedschaftsregeln festgelegt wird, dass abstrakte

---

7 Für das Folgende stütze ich mich weitgehend auf meinen Aufsatz Stollberg-Rilinger (2014).

8 Wie und warum gerade diese Fürsten das exklusive Kurrecht erwarben, ist unter Mediävisten nach wie vor hochgradig umstritten (vgl. ganz knapp Schubert 1999, Sp. 1581ff.; Reuling 1990).

9 Edition: Wolfgang D. Fritz (Bearb.). 1972. Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. vom Jahre 1356 (Monumenta Germaniae Historica, Fontes iuris Germanici in usum scholarum separatim editi, 11), Weimar: Böhlau. Dazu grundlegend Zeumer (1908) und Hergemöller (1983); zuletzt Hohensee et al. (2009); ferner Brockhoff und Matheus (2006).

Verfahrensschritte definiert werden, vor allem aber, dass die Beteiligten sich der zu treffenden Entscheidung im Voraus, unabhängig von dem jeweiligen Ergebnis, unterwerfen. Das war bei der deutschen Königswahl in der frühen Neuzeit der Fall. Die Kurfürsten mussten sich zu Beginn der förmlichen Wahlhandlung im Konklave einzeln verpflichten, sich der Mehrheitsentscheidung zu unterwerfen.

Das war ungewöhnlich. Normalerweise stand dem Mehrheitsprinzip Einiges im Wege; höchstes Ziel war vielmehr Konsens (vgl. zuletzt Flaig 2013a; 2013b; Maleczek 1990). Einmütigkeit, *unanimitas*, hatte eine hohe spirituelle Würde, denn Eintracht war ein Indiz göttlichen Wirkens, Zwietracht hingegen war des Teufels. Einhelligkeit war aber auch aus pragmatischen Gründen erstrebenswert. Denn Dissens konnte kaum öffentlich von Angesicht zu Angesicht artikuliert werden, ohne dass persönlicher Ehrverlust und damit gewaltsame Eskalation drohten. Zudem vertrug sich das große Gewicht des hierarchischen Ranges schlecht mit dem Majoritätsprinzip, das ja Gleichheit der Stimmen voraussetzt beziehungsweise selbst herstellt. Unter rangmäßig Ungleichen konnten die Stimmen nicht ohne weiteres gezählt, sie mussten gewogen werden. Wenn die *maior pars* (der größere Teil) mit der *sanior pars* (dem besseren Teil) nicht identisch war, hatte man ein Problem. Deshalb verfuhr man in der Regel so, dass man zuerst vertraulich und informell die Möglichkeiten einer einhelligen Entscheidung auslotete, und zwar hierarchisch von oben nach unten, bevor man in feierlich-formaler Sitzung aufeinandertraf. Deshalb auch funktionierten die meisten spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Beschlussgremien nach dem Prinzip der „Umfrage“, das heißt, die Versammelten wurden in der Reihenfolge ihres Ranges um ihre Voten gebeten, und dabei wurde nicht formal zwischen Meinungsäußerung und Abstimmung unterschieden.<sup>10</sup> Nur wenn sich aus den Voten eine ungefähre Mehrheitsmeinung oder ein vager Konsens herauschälte, hielt der Versammlungsleiter das als Ergebnis fest. Vormoderne Versammlungen spielten sich tendenziell in einem Modus ab, den man damals *compositio amicabilis* nannte und den man heute Palaver nennen könnte; das heißt, die Übergänge zwischen Erwägen, Aushandeln und Entscheiden waren völlig fließend, und dass es überhaupt zu einer Entscheidung kam, war eher unsicher. Die Verhandlungsweise des Palavers – der Begriff ist nicht abwertend gemeint – ist auch heute noch kennzeichnend für Situationen mit geringer Formalisierung, hohem Harmoniedruck, starkem Bedürfnis nach persönlicher Gesichtswahrung und geringen Chancen, das Ergebnis auch gegen Dissens durchzusetzen. Unter solchen Rahmenbedingungen ist das Risiko immer

---

10 Zum Prinzip der Umfrage in Ständerversammlungen vgl. Stollberg-Rilinger (1997); Sikora (2004); grundlegend zum Mehrheitsprinzip im Römisch-deutschen Reich siehe Schlaich (1983, 1977, 1978).

hoch, dass es entweder zu gar keiner Entscheidung oder jedenfalls zu keiner von allen als verbindlich angesehenen Entscheidung kommt. Wer nicht zugestimmt hat, den geht die Sache eben auch nichts an, der steigt einfach aus dem Verfahren aus. Das war in vielen vormodernen politischen Versammlungen eine latente Gefahr. Bei der Königswahl – also *dem* zentralen Verfahren, durch die die politische Ordnung des Reiches sich selbst reproduzierte – wollte man dieses Risiko nicht mehr eingehen; dafür sollte die Goldene Bulle sorgen.

Die Königswahl wird indessen missverstanden, wenn man sie nur als instrumentelles Verfahren zur Entscheidung über den Kandidaten für die Königswürde auffasst (vgl. Rütther 2010). Sie war zugleich Element einer umfassenden Ritualsequenz. Ritual und Entscheidungsverfahren sind aus moderner Sicht zweierlei: Sie haben zwar gemeinsam, dass sie formalisierte, in ihrem äußeren Verlauf standardisierte Handlungssequenzen sind, die Erwartungssicherheit erzeugen. Ein Entscheidungsverfahren ist aber dadurch gekennzeichnet, dass zum einen der Ausgang zu Beginn des Verfahrens offen ist und erst im und durch das Verfahren selbst erzeugt wird, und dass zum anderen die Beteiligten sich dem Ausgang des Verfahrens im Voraus unterwerfen, ohne zu wissen, welche Entscheidung fallen wird. Ein Ritual entfaltet im Gegensatz dazu seine symbolisch-performative Wirkung gerade dadurch, dass eine bestimmte Handlungssequenz in ihrer äußeren Form genau so vollzogen wird, wie sie immer vollzogen wird. Das Ritual bewirkt, was es symbolisch darstellt; seine Wirkung steht vorher fest. Beide Begriffe sollten analytisch auseinandergehalten werden (vgl. Stollberg-Rilinger 2000, 2013a). Empirisch lassen sich die Phänomene in der Vormoderne aber gerade nicht trennen. Das hat die ältere Forschung verkannt, die Ritual und Verfahren, man könnte auch sagen: Symbolik und Technik, Inszenierung und „eigentliche“ Politik stets getrennt voneinander behandelt hat (und das oft noch immer tut<sup>11</sup>).

Die Königswahl war aber immer beides zugleich: Instrumentelles Verfahren und symbolisch-rituelle Inszenierung. Sie stellte zusammen mit der anschließenden Krönung die verfahrenstechnische und symbolische Mitte der ganzen Reichsverfassung dar. Diese Handlungssequenz stellte das Ordnungsgefüge des Römisch-deutschen Reiches auf Dauer; durch sie wurde das Reich als politisches Ganzes jedes Mal aufs Neue sowohl performativ hergestellt als auch symbolisch dargestellt. Die Zeitgenossen fassten das im Begriff der *repraesentatio identitatis*: Was die Kurfürsten im feierlich-förmlichen Akt der Wahl taten, galt so, als hätte es das Reich als Ganzes getan, und war für die Gesamtheit verbindlich. Wenn die Kurfürsten in bestimmten feierlich-rituellen Formen gemäß Goldener Bulle

---

11 So beispielsweise noch Brockhoff und Matheus (2006); programmatisch anders hingegen Neu et al. (2009).

versammelt waren, so agierten sie *pars pro toto* für das ganze Reich und stellten es dadurch als handlungsfähiges *corpus politicum* überhaupt erst her.<sup>12</sup>

Mochten die symbolischen Botschaften dieses Rituals in den Details komplex und mehrdeutig, umstritten und keineswegs unveränderlich sein – ihr stabiler Kern bestand aber darin, die Königswahl als freie und exklusive Entscheidung der Kurfürsten und zugleich als göttlich inspiriertes, einmütiges und kollektiv für das Ganze verbindliches Geschehen darzustellen. Um das etwas deutlicher zu machen, werfe ich einen kurzen Blick auf den – idealtypischen – Wahlverlauf (der übrigens seit der Wende zum 16. Jahrhundert in umfangreichen illustrierten Druckschriften nochmals im Medium von Schrift und Bild re-inszeniert wurde).<sup>13</sup>

Die Wahlstadt (meist, aber nicht immer Frankfurt am Main) wurde für die Zeit der Wahl zu einem besonderen, rechtlich und buchstäblich abgeschlossenen Raum. Alle Fremden mussten die Stadt verlassen; die Stadttore wurden verschlossen, die Schlüssel dem Mainzer Erzbischof als dem ranghöchsten Kurfürsten anvertraut. Dann ritten die Wähler in feierlich-förmlicher Prozession zur Kirche (Abb. 1), feierten eine Messe zum Heiligen Geist, um dessen Anwesenheit bei der Wahl zu erbitten, und leisteten den von der Goldenen Bulle vorgeschriebenen Eid auf das Evangelium. In der Wahlkapelle fand das Konklave statt (Abb. 2). Für alle Kurfürsten standen dort gleichartige Sessel bereit, um zu symbolisieren, dass sie im Akt der Wahl – ausnahmsweise – als völlig Gleiche handelten, von ihrer sonst penibel festgelegten Rangordnung also in diesem einen Akt abgesehen wurde. In der Frühen Neuzeit wurde zudem die bereits vorher ausgehandelte Wahlkapitulation versiegelt und auf den Altar gelegt. Nachdem Notare das alles protokolliert hatten, verließen sie den Raum, so dass allein die Wähler zurückblieben. Das Konklave war nun für den Akt der Entscheidung die vollkommen abgeschlossene Mitte einer abgeschlossenen Stadt, ein geheimer, sakraler Raum, aus dem nichts nach außen drang und auf den die Aufmerksamkeit aller Welt sich konzentrierte. Was auf diese Weise als vollkommenes Geheimnis zelebriert wurde, war die freie

---

12 Zum Repräsentationsbegriff grundlegend und immer noch unersetzlich Hofmann (1974, 1988); ferner Podlech (1984).

13 Etwa für die Wahl Kaiser Matthias' 1612: *Electio et coronatio [...] Matthiae I. [...]*, [Frankfurt/Main] 1612, woraus die Abbildungen entnommen sind. Die letzten Wahl- und Krönungsakte vor dem Untergang des Reiches sind dokumentiert in: Vollständiges Diarium der Römisch-königlichen Wahl und kaiserlichen Krönung Ihro nunmehr glorwürdigst regierenden Kaiserlichen Majestät Leopolds II., Frankfurt/Main 1791; Diarium der Römisch-Königlichen Wahl und Kaiserlichen Krönung Ihro jetzt allerglorwürdigst regierenden Kaiserlichen Majestät Franz II., Frankfurt/Main 1798. – Vgl. Wanger (1994); Koch und Stahl (1986); zum Wahl- und Krönungsgeschehen in den Jahren 1654 und 1765 vgl. Stollberg-Rilinger (2013a).

Entscheidung selbst, die allein den Kurfürsten zukam. Niemand war unter ihnen als der Heilige Geist.

Nach dem Akt der Entscheidung wurde die vorherige stufenweise Ausschließung des Publikums ebenso stufenweise wieder rückgängig gemacht: Zuerst wurden die Türen der Wahlkapelle geöffnet und der Gewählte in feierlicher Form auf den Altar gesetzt, während das *Te Deum* gesungen, Pauken geschlagen und Trompeten geblasen, die Glocken geläutet und Kanonen abgefeuert wurden, so dass es meilenweit hörbar war. Dann wurden die Kirchentore, schließlich die Stadttore wieder geöffnet, damit das „ganze Volk“ der Wahl in ritualisierter Form zustimmen konnte. Kurzum: Der Akt des Konklave inszenierte das Entscheiden selbst als sakrales Ereignis, und zwar umso wirkungsvoller, je unsichtbarer es war. Der Akt demonstrierte und bewirkte erstens, dass unzweifelhaft entschieden wurde, und zweitens, dass die Wahl im freien Willen der Kurfürsten stand und niemandes sonst.

Das bedeutet nun allerdings nicht, dass informelles Aushandeln keine Rolle mehr gespielt hätte, ganz im Gegenteil. Denn jede Formalisierung erzeugt stets ihrerseits neuen Bedarf an Informalität, an Vorbereitung hinter den Kulissen. Schon Karl IV., der immerhin die Goldene Bulle erlassen hatte, wurde vorgeworfen, er habe die Königswahl seines Sohnes Wenzel durch Gaben in nie dagewesener Höhe gekauft, und bei der Wahl Karls V. soll eine Million Goldgulden im Spiel gewesen sein. Doch das waren nur extreme Auswüchse eines als solchen selbstverständlichen Aushandlungsprozesses im Vorfeld jeder Wahl. Gegenleistungen und Versprechungen waren selbstverständlich; schließlich wurden diese allgemeinen Austauschgeschäfte formalisiert in den Wahlkapitulationen, mit denen sich die Kurfürsten seit 1519 jedes Mal ihre eigenen Privilegien und die Grundgesetze des ganzen Reiches bestätigen und vermehren ließen. Indem sich in der frühen Neuzeit die Königswahl *vivente Imperatore*, das heißt die Wahl des Nachfolgers noch zu Lebzeiten des Kaisers, mehr und mehr einbürgerte, hatten die amtierenden Kaiser die Regie über diese Aushandlungsprozesse oftmals selbst in der Hand (vgl. Neuhaus 1997). Im Effekt führte das bekanntlich dazu, dass sich die dynastische Nachfolge im Haus Habsburg durchsetzte (mit der einen Ausnahme des Wittelsbachers Karl Albrecht im 18. Jahrhundert). Doch das heißt keineswegs, dass die „freie Wahl“ der Kurfürsten nur ein leeres Ritual gewesen wäre, auf das man genauso gut hätte verzichten können. Sie hatte eben durchaus andere Funktionen, als den rechten Kandidaten auszuwählen. Die Königswahl bestimmte nicht nur *formaliter*, wer Römischer König wurde, sondern sie demonstrierte auch, wer allein wählen durfte und aus welchem Recht das geschah. Das nämlich war über die Jahrhunderte keineswegs unangefochten; es musste stets aufs Neue demonstrativ gegenüber den anderen Reichsfürsten verteidigt werden, denn an diesem exklusiven Kurrecht hingen eine Fülle wesentlicher Privilegien und Machtchancen. Vor allem war die



Herausbildung der festen Wahlkörperschaft die Voraussetzung dafür, dass allein diese Handvoll Kurfürsten das Reich als Ganzes *pars pro toto* repräsentierte – und zwar bis in eine Zeit hinein, als die Wahl schon gar nicht mehr von allen Kurfürsten in Person vollzogen wurde, sondern nur mehr Gesandte nach Frankfurt geschickt wurden. Diese exklusive Repräsentationsfunktion des Kurfürstenkollegiums lässt sich unter anderem daran ablesen, dass das Reich bis zu seinem Ende 1806 durch ein festes Bildschema dargestellt wurde, nämlich das Bild des im Kreis der Kurfürsten thronenden Kaisers. Als Beispiel können etwa die zahlreichen Adelsdiplome aus dem 17. und 18. Jahrhundert dienen, bei denen Kaiser und Kurfürsten in diesem Bildschema als Autorisierungsinstanz abgebildet sind (Abb. 3). Die erfolgreich beanspruchte Repräsentantenrolle des kurfürstlichen Wahlkollegiums trug wesentlich dazu bei, dass das Reich als politischer Körper über Jahrhunderte hinweg erstaunlicherweise alle Spaltungsgefahren überlebte.

---

## 2 Zweites Beispiel: Städtische Ratswahlen

Die Stadtkommunen waren bekanntlich, um mit Max Weber zu sprechen, ein Verfassungselement, das die „okzidentale“ politische Kultur vom 12. Jahrhundert bis zum Ende des Ancien Régime in hohem Maße kennzeichnete (Weber 1999 [1921]).<sup>14</sup> Die Städte waren – idealtypisch – autokephale Rechts- und Friedensgemeinschaften der Bürger, die sich in Schwureinigungen, „Eidgenossenschaften“ miteinander verbunden hatten. Sie verfügten über mehr oder weniger große genossenschaftliche Autonomie (die allerdings im Lauf der Frühen Neuzeit vielen Städten tendenziell verloren ging) und hoben sich nicht nur materiell durch die Stadtmauern, sondern auch rechtlich durch „Bürgerfreiheit“ von ihrer grundherrschaftlich strukturierten Umwelt ab. Die Städte besaßen eigenes gesatztes Recht, eigene Gerichtsbarkeit, erhoben eigene Steuern und stellten eigene Verteidigungsmittel bereit. Vor allem aber besaßen sie ein eigenes Regiment, den gewählten Rat, der als *senatus* oder *magistratus rei publicae* bezeichnet wurde.<sup>15</sup> Nichts lag für die liberalen Historiker im 19. Jahrhundert näher, als in diesen Stadtrepubliken die Vorläufer der modernen Demokratie zu sehen. Der Mythos der mittelalterlichen Stadt wurde im 19.

---

14 Die Forschungsliteratur ist abundant; vgl. den Forschungsüberblick bei Schlögl (2004, 2009); Isenmann (2012); Meier und Schreiner (1994); Ehbrecht (1994); Dilcher (1996, 1999); Chittolini und Willoweit (1992); Stolleis (1991).

15 Zur Selbstbezeichnung der Städte als Republiken vgl. Mager (2004).

Jahrhundert zu einer der zentralen „Quellen bürgerlicher Identität“ (so Meier und Schreiner 1994, S. 12f.).

Doch Historiker, die nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht als Kern bürgerlicher Partizipation Ausschau hielten, standen den hochkomplexen Wahlverfahren dieser alteuropäischen Städte ziemlich ratlos gegenüber.<sup>16</sup> Nicht nur, dass keineswegs alle Einwohner das Bürgerrecht besaßen – Vollbürger waren immer nur eine kleine Minderheit der Stadtbewohner –, sondern es gab auch kein allgemeines gleiches Wahlrecht dieser Vollbürger. Manchen Historiker veranlasste das zu dem Urteil, „der mittelalterliche Mensch“ sei „zur Behauptung der demokratischen Staatsform politisch noch nicht reif“ gewesen (Schlotterose 1953, S. 131 und 194). Man muss hinzufügen: Er wurde auch die ganze Frühe Neuzeit hindurch nicht reifer, eher im Gegenteil (weshalb man sich für die frühneuzeitlichen Städte auch deutlich weniger interessiert hat; die Zeit von der Mitte des 16. bis zum ausgehenden 18. Jahrhundert galt als Zeit des Niedergangs republikanischer Freiheit). Gleichwohl hielten viele Verfassungshistoriker aber an der Vorstellung fest, das „Prinzip“, die „Idee“ der Ratswahlverfassung sei die „jährliche demokratische Wahl durch die gesamte Bürgerschaft“ gewesen. An diesem Maßstab gemessen, ließ sich die beobachtete Realität dann nur als fortgesetzte „Abweichung und Umbiegung“ beschreiben (so Schlotterose 1953, S. 27). Solch ein Urteil ist meistens ein sicheres Indiz für ein anachronistisches Missverständnis, das daran hindert, die genuin vormoderne Logik solcher Strukturen zu verstehen. Man muss also gerade da ansetzen, wo das Verhalten der historischen Akteure besonders deviant oder irrational erscheint; gerade hier liegt für moderne Betrachter eine besondere hermeneutische Herausforderung, aber auch eine besondere Erkenntnischance.

Als sich die Städte seit dem Hochmittelalter zunehmend die Unabhängigkeit von ihren Stadtherren erkämpften, bildete ein kleiner Kreis von Familien aus stadtherrlichem Dienstadell und Fernhandelskaufleuten die Ratsregierungen. Ehemals waren sie vom Stadtherrn eingesetzt worden; nun ergänzten sie sich im Wesentlichen durch Kooptation. Im Laufe des 14. Jahrhundert setzten dann fast überall Korporationen der gemeinen Bürgerschaft – Gilden, Zünfte oder Quartiere – ihre Beteiligung an den Ratswahlverfahren durch. Dabei blieb es aber nicht; vielmehr prägten Konflikte zwischen etablierten Ratsfamilien und Bürgerschaft die Stadtgeschichte auch in den folgenden Jahrhunderten und veränderten die Ratswahlverfahren, so dass sich eine Fülle unterschiedlicher Verfahrensmodi herausbildete.

Wie sah also die Bestellung der Ratsgremien aus? Es versteht sich von selbst, dass ich hier angesichts der unzähligen hochkomplexen und im Detail sehr un-

---

16 Zu den städtischen Wahlverfahren vgl. den knappen Überblick von Rüther (2008); ferner Schulz (1990); Keller (1990, 1988); Schlotterose (1953); exemplarisch Goppold (2007).

terschiedlichen Verfahrensmodi nur eine ganz grobe Skizze liefern kann. Es lässt sich aber durchaus eine idealtypische Grundstruktur herauspräparieren. Zunächst: Wer konnte in den Rat gewählt werden? Formal war in der Regel jeder männliche Bürger wählbar, der ein bestimmtes Mindestalter hatte und seit einer bestimmten Zahl von Jahren das volle Bürgerrecht in der Stadt besaß (das seinerseits wiederum an bestimmte Bedingungen geknüpft war). Der Kreis war also relativ groß, denn es galt, den „Geeignetesten“ zu finden. De facto kam aber keineswegs jeder in Frage, sondern nur jemand, der genug wirtschaftliches und soziales Kapital aufbrachte. Denn politisch als Ratsherr aktiv sein konnte nur, wer zum einen reich genug war, um – mit Max Weber zu sprechen – dauerhaft abkömmlich zu sein, und wer zum anderen auf Unterstützung durch große Verwandtschafts- und Klientelverbände zurückgreifen konnte. Das machte die Rats Herrschaft – bei allen Unterschieden in den formal-ritualisierten Verfahren – nahezu zwangsläufig sozial exklusiv – gleich, ob sie sich aus adligen, kaufmännischen oder vereinzelt auch Handwerkerfamilien zusammensetzte. In allen Städten gab es einen abgeschlossenen Kreis von „Ratsfamilien“, deren zeitgenössische Selbstbezeichnung nicht zufällig „die Geschlechter“ lautete (Abb. 4-5). Es handelte sich dabei nicht um eine abstrakt-anonyme soziale Schicht mit gemeinsamen Merkmalen, sondern um einen konkreten Heirats- und Verkehrskreis bestimmter Familien. An der sozialen Exklusivität der Ratsfamilien änderte sich grundsätzlich auch durch die Bürgerkämpfe wenig, auch wenn immer wieder einzelne neue Familien integriert wurden. Die Exklusivität schloss ebenfalls nicht aus, dass innerhalb dieses Kreises persönliche und sachliche Qualifikationen eine Rolle spielen konnten.

Tatsächlich wurde die Mitgliedschaft im Rat oft auf Lebenszeit vergeben. Wirklich neu wurde also nur dann gewählt, wenn eine Position durch Tod oder Abwanderung aus der Stadt vakant wurde. Nur in den wenigsten Städten wurde jährlich der ganze Rat tatsächlich ganz neu besetzt. In allen Städten aber fand trotzdem – und das ist wesentlich – jedes Jahr ein Ratswechsel statt. Denn es gab in der Regel in einer Stadt zwei Gremien: einen großen (weiteren oder ruhenden) Rat und einen kleinen (engeren oder sitzenden) Rat. Der engere Rat führte die Geschäfte für ein ganzes Jahr (oder weniger), danach musste er zwei oder drei Jahre pausieren und Platz machen für Männer, die für ein Jahr aus dem weiteren Rat gewählt wurden. Bei den meisten Ratswahlen handelte es sich also de facto um eine Rotation in einem mehrjährigen Turnus.

Was bei den Wahlverfahren im Zentrum der Aufmerksamkeit stand, war daher weniger die Frage, wer gewählt wurde, sondern vielmehr, wer wählen durfte, oder besser gesagt: wer auf welche Weise in die hochkomplexen Verfahren einbezogen war. Erstens war das grundsätzlich nicht der einzelne Vollbürger, sondern es waren die Korporationen der Bürgerschaft: Gilden, Zünfte, Gaffeln oder Stadtquartiere

beziehungsweise deren Vorsteher. Die Wahlen reproduzierten also die ständische Ungleichheit innerhalb der Stadt, indem jede Korporation indirekt eine bestimmte Zahl von Ratssitzen aus ihrem Kreis besetzen konnte. Zweitens waren meist die Mitglieder der alten Ratsgremien auf privilegierte Weise an der Wahl der neuen beteiligt. Und drittens handelte es sich immer um indirekte Wahlverfahren durch Wahlmänner. Dabei wurde die größte Sorgfalt darauf verwendet, ein kleines Wählergremium zusammenzustellen – ‚Kurherren‘, ‚Körleute‘, ‚Boonheeren‘ oder ähnlich –, das dann am Ende den neuen Rat bestimmte.

Die komplizierten Verfahren zur Ermittlung der Kurherren bestanden oftmals aus mehreren Stufen und unterschiedlichen Modi: Die Kurherren konnten entweder aus einer bestimmten Gruppe gewählt, von Einzelnen nominiert oder auch – typischerweise – aus einem festen Kreis ausgelost werden. Meist gab es eine hochkomplizierte Kombination von Kooptation, Wahl und Los, die aus moderner Sicht bizarr, verwirrend und unverständlich erscheint. Beispielsweise war es in Münster nach der Wahlordnung von 1721 so, dass die Ratsherren aus ihrer Mitte fünf Personen auswürfelten, für jedes der fünf Stadtquartiere (genannt Leischaften) einen (erste Kur). Diese fünf bestimmten je acht Kurgenossen aus jeder Leischaft, das macht vierzig (zweite Kur). Aus den je acht Männern pro Leischaft würfelte man nun wiederum je zwei Kurgenossen aus, blieben noch insgesamt zehn (dritte Kur). Diese zehn ermittelten durch Mehrheitsprinzip wieder pro Leischaft je vier Kurgenossen, aber keine aus dem ersten Wahlgang, macht zwanzig (vierte Kur). Diese zwanzig würfelten nun wiederum unter sich pro Leischaft zwei aus, macht zehn (fünfte Kur). Diese zehn Kurgenossen wählten den Rat (Goppold 2007, S. 155f.).<sup>17</sup>

Zum Teil lassen sich diese Verfahren, deren prominentestes Vorbild die Dogenwahl in Venedig war, damit erklären, dass man Wahlabsprachen und Ämterkauf verhindern wollte, weil niemand zu Beginn des Vorgangs wissen konnte, wer am Ende wählen würde. Das erklärt aber keineswegs hinreichend die ganze Komplexität und die große Phantasie, mit der diese Verfahren immer wieder modifiziert wurden. Vielmehr ging es offenbar darum, auf möglichst wohlproportionierte Art und Weise ein *pars pro toto* zu ermitteln, das das korporativ gegliederte Ganze im Wahlakt angemessen darstellte. Es verhielt sich also geradezu umgekehrt wie bei den meisten modernen Wahlverfahren. Heute ist es ja die Zahl der Wahlkandidaten,

---

17 Zum Losen im Allgemeinen vgl. Buchstein (2009); zuletzt Sintomer (2011). Grundlegend zu Losverfahren in den oberitalienischen Städten Keller (1990); Lane (1980); Najemy (1982). Dass das Losen auch jenseits der Alpen in Spätmittelalter und Früher Neuzeit äußerst verbreitet war, ist hingegen weniger bekannt. Verfahren mit Loselementen wurden etwa festgeschrieben in Minden (1301), Utrecht (1341), Osnabrück (1348), Bremen (1398), Rotterdam (1479), Unna (1568), Deventer (1642), Hamburg (1663), Bern (1685), Basel (1688), Genf (1707) oder Frankfurt am Main (1724).

die im Vorfeld (durch Wahllisten) begrenzt wird, so dass eine überschaubare Zahl von Entscheidungsoptionen erzeugt wird, während der Kreis der Wähler quantitativ unbegrenzt ist und nur durch abstrakt-generelle Qualifikationskriterien wie Staatsbürgerschaft und Alter eingeschränkt wird. In vormodernen Ratswahlen war es genau umgekehrt: Dort war es der Kreis der Wählenden, der mittels komplizierter Verfahren exakt individuell definiert und sehr klein gehalten wurde. Diese Wähler konnten dann bei einer Vakanz aus einer relativ großen Zahl von Bürgern (meist aber aus ihrer jeweiligen Korporation) frei auswählen, wer auch immer ihnen der Geeignetste erschien.

Wie ging es nun aber weiter, wenn die letzten Kurherren ermittelt waren? Zunächst traten sie im Rathaus zusammen und schworen einzeln öffentlich einen feierlichen Wahleid, dessen Wortlaut festgeschrieben war, zum Beispiel:

„Wir swern, dass wir acht zu einem innern rate auf das künftig jare furnemen und welen wellen die gemainer stat treulich vor sein, die auch nuz und tuglich darzue sein, als mit alter herkomen ist, damit onser gnedige herschaft und gemaine stat versehen sei; und darinne nicht wellen ansehen weder lieb, gunst, unwillen, freundschaft oder veintschaft, neid noch has, miet oder gab, noch nichtz anders dan die Götlich gerechtigkeit und unser gewissen, treulich an [=ohn] alles gevärd. Des pit uns Got zu helfen und al heiligen.“<sup>18</sup>

Sodann setzten sie sich in der Regel in einem Konklave zusammen, um im Schutz des Geheimnisses die Mitglieder des neuen Rates, die Bürgermeister und andere Amtsinhaber für das kommende Jahr zu bestimmen. Auf welche Weise sie das aber taten, war meist gar nicht festgeschrieben. Es ist daher oft nicht zu rekonstruieren, ob man sich durch konsensorientiertes Aushandeln, durch Umfrage oder Mehrheitsabstimmung auf die Amtsträger einigte, ob also *sanior* oder *maior pars* galt, oder, wenn es ebenso viele Kurherren wie Ämter gab, ob jeder Kurherr frei einen Amtsträger bestimmen konnte. Ausdrücklich verboten war stets nur, Verwandte und Verschwägte zu wählen und Wahlgeschenke („miet oder gab“) anzunehmen.

All der beschriebene Aufwand wurde wohlgemerkt nicht nur dann betrieben, wenn ein Ratssitz ganz neu zu besetzen war, sondern auch dann, wenn es nur um Rotation zwischen Großem und Kleinem Rat ging. Mit der Frage, auf welche technische Art und Weise die jeweiligen Amtsträger für das nächste Jahr bestimmt wurden, hat man allerdings nur *einen* Aspekt des gesamten Wahlgeschehens im Auge. Wie für Königswahl, so gilt auch für die Ratswahlen, dass sie nicht nur Verfahren, sondern auch Rituale waren. Sie lassen sich nicht hinreichend verstehen, wenn man sie nur unter instrumentellen Aspekten betrachtet, man muss vielmehr auch ihre

---

18 So in Straubing 1472, zitiert nach Keutgen (1965 [1901], S.232).

symbolische Dimension in den Blick nehmen. Auch die Ratswahlen beziehungsweise Ratswechsel waren nur ein Element in einer umfassenden symbolisch-rituellen Handlungssequenz, die insgesamt dazu diente, die Einheit der Bürgerschaft und die legitime Herrschaftsordnung der Stadt jedes Jahr aufs Neue sowohl performativ herzustellen als auch symbolisch darzustellen (vgl. Meier und Schreiner 1994).

Und das war gerade deshalb so notwendig, weil die städtische Einheit fortwährend latent gefährdet war und jederzeit verloren gehen konnte. Denn ein grundlegender Umstand städtischen Regiments war, dass der Rat nur über ein sehr geringes Maß an Zwangsgewalt verfügte. Offenen Konflikten mit der Bürgerschaft war er kaum gewachsen; diese konnten schnell gewaltsam eskalieren und das hohe Gut des städtischen Friedens gefährden. Daher war der Rat in hohem Maße auf Akzeptanz der Bürgerschaft angewiesen. Diese Akzeptanz beruhte, wie gesagt, zum einen darauf, dass die Ratsfamilien sich auf soziale und ökonomische Machtressourcen stützen konnten.<sup>19</sup> In Krisenzeiten reichte das aber nicht aus, dann wurden schnell Korruptionsvorwürfe aus der gemeinen Bürgerschaft laut. So hieß es dann etwa, dass sich Leute im Rat befänden, die die „gute Ordnung verkehret, verderbet, mißbraucht, und darauß zu allerhand Sunden, Lasteren, Ambition, Corruption, Freßen, Sauffen und Leddighgang Anlaß und Uhrsach genommen“.<sup>20</sup> Das Ratsregiment musste daher stets erneut als auf Zeit und im Konsens der Gesamtbürgerschaft verliehene, gottgefällige Herrschaft inszeniert und performativ bekräftigt werden.

Wie muss man sich das im Einzelnen vorstellen?<sup>21</sup> Das Ritual des Ratswechsels stand im Zentrum des städtischen Jahreszyklus und brachte den Charakter der Stadt als einer Sakralgemeinschaft auf Schritt und Tritt zum Ausdruck. Die sakrale Symbolik begann schon beim Zeitpunkt: Der Ratswechsel war eingebettet in den liturgischen Kalender; er fand meist am Fest der Heiligen Drei Könige oder am Tag *Cathedra Petri* statt, in Bern sogar parallel zur Osterliturgie, so dass der alte Rat am Gründonnerstag seine Insignien niederlegte und der neue, rituell auferstandene Rat sie am Ostermontag wieder aufnahm.<sup>22</sup> Damit korrespondierte die Vorstellung von der irdischen Stadt als Abbild des Himmlischen Jerusalem, dessen Grundpfeiler die zwölf Apostel bildeten. Dass die Ratsherren sich in Analogie zu den zwölf Aposteln begriffen, fällt allenthalben ins Auge. So betrug die Zahl der

---

19 Zusammenfassend Schlögl (2004, S. 31ff.).

20 So z. B. in Unna, wo zu Beginn des 17. Jahrhunderts ein Konflikt zwischen Rat und Bürgerschaft vor dem Reichskammergericht ausgetragen wurde; die Klagepunkte abgedruckt bei Lüdike (1930, S. 133).

21 Knapper Überblick bei Rüther (2008); eine Fülle an Details bei Poeck (2003).

22 Zu Bern zuletzt Würigler (2004).

Ratssitze meist zwölf oder ein Vielfaches von zwölf; mitunter wurde die Parallelität auch ganz ausdrücklich ins Bild gesetzt (Abb. 6).

Die Ritualsequenz des Ratswechsels konnte sich über mehrere Tage erstrecken und war meist an die Rechenschaftslegung des alten Rates geknüpft. Das Wahlgeschehen begann in der Regel mit Glockengeläut und öffentlichem Gottesdienst *de sanctu spirito*, in dem der Heilige Geist auf die Wähler herabgerufen wurde (Abb. 7). Dann zogen die Beteiligten in feierlicher Prozession zum Rathaus, wo sich das komplexe Wahlverfahren meist jenseits der öffentlichen Sichtbarkeit abspielte. Vor allem für die letzte Stufe galt, wie erwähnt, dass sie fast immer in strengem Konklave stattfand: Der innerste Kern des Verfahrens wurde auch hier als Geheimnis inszeniert. Anschließend wurde wiederum die städtische Öffentlichkeit einbezogen, wenn die neuen Ratsherren ihren Amtseid ablegten. Dann nahmen sie feierlich ihre Ratsbänke ein, die symbolischen Objektivationen, in denen sich die Institution „Rat“ über den Wechsel der individuellen Amtsträger hinweg materiell verkörperte. Ein überaus aufwendiges und feierliches Mahl, bei dem das Ratssilber zum Einsatz kam, verband alten und neuen Rat zu einer Mahlgemeinschaft und demonstrierte nicht zuletzt auch die wirtschaftliche Potenz der Ratsfamilien.

Doch das Verfahren des Ratswechsels war nicht nur in ein umfangreiches Ritualgeschehen eingebettet, sondern auch der Wahlvorgang selbst trug symbolisch-rituelle Züge. Anders lassen sich die hochkomplexen Verfahrensmodalitäten kaum angemessen verstehen. Denn bei den Ratswahlen ging es in aller Regel nicht um eine ergebnisoffene Entscheidung zwischen verschiedenen Optionen, sondern um die demonstrative Bekräftigung von Einheit und Konsens der Bürgerschaft. Ein gemeinsamer Wille wurde nicht *de facto* hergestellt, etwa durch offene Verfahren der Meinungsbildung, argumentative Auseinandersetzung und/oder Mehrheitsabstimmung – das wäre viel zu konfliktanfällig gewesen –, sondern der Konsens wurde durch die korporative Repräsentation der Kurherren *pars pro toto* im Wahlverfahren symbolisch dargestellt.<sup>23</sup> Anschließend – und das war in der Regel der wichtige letzte Akt der Handlungssequenz – wurde der Konsens der ganzen Bürgerschaft durch deren kollektive Teilhabe am öffentlichen Ritual des Bürgereides performativ hergestellt, wobei in der Regel auch das Stadtrecht öffentlich verlesen

---

23 Vgl. die andere Akzentsetzung bei Wölk (1984, S. 323): „Ziel des Wahlverfahrens war es, die objektiv Besten zu Funktionsträgern zu machen, ein Ziel, das man weniger durch politisch-inhaltliche Diskussion als vielmehr durch Optimierung und Komplizierung der Wahltechnik zu erreichen suchte.“ Meines Erachtens werden die Wahltechniken damit zu einseitig instrumentell gedeutet und ihr symbolischer Sinn unterschätzt. Erst recht gilt das für die Einschätzung, dass es nur darum gegangen sei, einen „Schein von Objektivität“ zu wahren; so etwa Schlotterose (1953, S. 123f.).

wurde (grundlegend Ebel 1958; Holenstein 1991).<sup>24</sup> Der Huldigungseid der Bürgerschaft antwortete auf den Eid des neuen Rates; beide Seiten verpflichteten sich öffentlich wechselseitig auf Frieden und Einheit, Recht und Gemeinwohl (Abb. 8).

Es liegt auf der Hand, dass gerade dieses Ritual in Krisenzeiten andererseits auch *der* Kristallisationskern für städtische Unruhen war. Die Wahlverfahren wurden im Zuge solcher Unruhen oft modifiziert, das Kurherrensystem verfeinert oder zusätzliche Kontrollorgane geschaffen. Das führte aber erstaunlicherweise *nicht* zu grundsätzlichem Strukturwandel im Sinne einer demokratischen Ausweitung der Ratsfähigkeit. „Die Resultate der verschiedenen Wahlprozeduren“ waren ungeachtet der von den Bürgern erkämpften unterschiedlichen Partizipationsmodi vom 14. bis ins 18. Jahrhundert vielmehr „auffällig gleich“ (so etwa Prak 1994, S. 77). An den Konfliktkonstellationen änderte sich über die Jahrhunderte hinweg nichts Grundsätzliches – jedenfalls nicht vor dem Ende des Ancien Régime.<sup>25</sup>

---

### 3 Zusammenfassung

Abschließend möchte ich die Gemeinsamkeiten alteuropäischer Wahlverfahren ganz grob in zehn Thesen zusammenfassen.

1. Wahlen in der ständisch-korporativen Gesellschaft, sei es Reich oder Stadt, reproduzierten die hierarchischen Strukturen ihrer Umwelt. Der Gedanke eines allgemeinen und gleichen „aktiven und passiven Wahlrechts“ im Sinne eines individuellen Rechtsanspruchs war der vormodernen politischen Kultur fremd. Abstrakt-generalisierende Begriffe von Individualrechten, die dem modernen Verfassungsrecht entstammen, führen in die Irre. Die Akteure handelten nicht als Individuen, sondern als Angehörige von Verwandtschafts- und Klientelverbänden oder als Mitglieder von Korporationen (Schlögl 2004, S. 32). Herrschaft wurde vorwiegend familial reproduziert. Politische Amtsinhabung war untrennbar gekoppelt an wirtschaftliche und soziale Macht.
2. Das heißt: Wahlen besaßen ein relativ geringes Maß an Verfahrensautonomie. Zum einen waren die Verfahrensrollen der Wähler eng an ihren sozialen,

---

24 Die Literatur zu städtischen Ritualen ist mittlerweile kaum noch überschaubar; vgl. den Überblick mit ausführlichen Literaturhinweisen bei Stollberg-Rilinger (2013b, S. 114ff.).

25 Zusammenfassend Dilcher (1999, S. 729): „Die Konfliktstruktur [...] zieht sich vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert durch und verändert sich kaum.“ Vgl. auch Schilling (1988); Meier und Schreiner (1994); Schlögl (2004).



ständisch-korporativen Status gekoppelt. Zum anderen war die Kontingenz der Verfahren gering; sie produzierten selten tatsächlich explizit offene Alternativen. Für beide Verfahren (Königswahl wie Ratswahl) gilt, dass sie in der Regel – wohlgemerkt: in der Regel, nicht immer – „nur zum politischen Vorschein brachten, was sozial ohnehin der Fall war“ (so Schlögl 2004, S. 32).

3. Solange es nur ein geringes Maß an Staatlichkeit gab, war auch die Exekutions- und Sanktionsgewalt gering ausgeprägt. Das wiederum heißt: Konflikte konnten schnell gewaltsam eskalieren. Das stiftete hohen Konsensdruck. Grundsätzlich heißt das: Ziel der Verfahren war Konsens im Sinne von wenn nicht faktischer, so doch inszenierter Einmütigkeit. Dissens durfte nicht sichtbar werden. Der Konsens musste aber nicht explizit sein, er war in der Regel ein schweigender (*tacitus consensus*).
4. Dem entsprach das Bedürfnis nach sakraler Legitimation der Wahlverfahren. Sie waren von religiöser Semantik geprägt und von liturgischer Praxis gerahmt: Von der Messe zum Heiligen Geist am Beginn über die Eide der Wähler und der Gewählten bis hin zum Huldigungseid der Herrschaftsunterworfenen am Schluss. Bei vormodernen Wahlen ging es darum, das einzig richtige, einzig Gott wohlgefällige Ergebnis zu *finden*. Nur in der Einheit war Gott anwesend; Dissens war des Teufels: *in scissura mentium Deus non est*.<sup>26</sup>
5. Aus dem bisher Gesagten folgt auch, dass die Übergänge zwischen Verfahren und Ritual fließend waren. Anders gesagt: Die symbolische Funktion der Wahlverfahren stand gegenüber ihrer instrumentellen Funktion im Vordergrund, ja konnte sie weitgehend überlagern. Man hat das auch die „Dominanz des Vorgangs über den Ausgang“ der Wahl genannt (so Jehne 2010). Es ist das hohe Verdienst von Murray Edelman (1984), gezeigt zu haben, dass das auch für moderne demokratische (und erst recht für totalitäre, scheindemokratische) Verfahren gilt:<sup>27</sup> Eine Wahl ist niemals nur ein instrumentelles Verfahren, sondern immer auch ein symbolischer Akt, der sozialen Sinn erzeugt. Sie dient nicht allein dazu, eine Person für ein Amt auszuwählen, sondern immer auch dazu, die Rolle der Wählenden selbst zu demonstrieren und die gesamte Ordnung, die ihnen diese Rolle zuweist, als legitim zu bekräftigen. In der Vormoderne war das indessen noch grundsätzlich erforderlich als in modernen Verfassungsstaaten, weil sich die Verfasstheit des politischen Körpers als ganze damals gar nicht anders als rituell manifestieren konnte.<sup>28</sup> Die rituelle Rahmung der Wahlen war daher alles

---

26 So Gregor der Große, zitiert bei Schreiner (2000, S. 93).

27 Ferner Dörner und Vogt (2002); Jessen und Richter (2011); Gatzka et al. (2013); sowie die Einleitung von Hedwig Richter zum vorliegenden Band.

28 Dazu grundsätzlich Weller (2010).

- andere als ein nebensächliches oder gar verschleiernendes Dekorum. Denn in der schweigenden Teilhabe an dieser rituellen Rahmung manifestierte sich der *tacitus consensus* des Wahlvolkes zur gegebenen politischen Ordnung schlechthin.
6. Weil die Verflechtung der politischen Herrschaft mit sozialer und ökonomischer Macht hoch und die Kontingenz der Wahlen entsprechend gering war, lassen sich auch die verschiedenen Allokationsweisen nicht klar auseinanderhalten: zwischen Wahl und Erbfolge, Wahl und Kooptation, Wahl und Ernennung oder Wahl und Akklamation waren die Grenzen fließend. Die Verfahren kombinierten meist alle diese Elemente in unterschiedlicher Weise miteinander. Entsprechend wenig theoretische Mühe wurde darauf verwandt, verschiedene Modi der Ämterallokation begrifflich präzise zu unterscheiden und etwa *institutio* und *electio* klar voneinander abzugrenzen (Buchstein 2000, S. 187).<sup>29</sup> Der Mangel an theoretisch-abstrakter Durchdringung bedeutet aber nicht, dass nicht in der Praxis – vor allem in den Städten, aber auch bei Königs-, Papst- oder Bischofswahlen – größte Sorgfalt darauf verwandt worden wäre, vernünftige – im Sinne von konsensorientierten, Stabilität sichernden – Wahlverfahren zu konstruieren. Ganz im Gegenteil: Gerade die Kommunen waren wegen des hohen sozialen Konfliktpotentials geradezu Laboratorien höchst ausgeklügelter Wahltechniken.
  7. Entscheidungen werden bekanntlich aus zwei verschiedenen Gründen als legitim akzeptiert: entweder, wenn sie in der *Sache* vernünftig erscheinen beziehungsweise den Interessen möglichst vieler Beteiligter entsprechen, oder aber wenn die *Verfahren*, durch die sie zustande gekommen sind, als legitim akzeptiert werden – was in der Regel dadurch befördert wird, dass möglichst viele Betroffene in der einen oder anderen Weise daran teilgenommen haben (grundlegend Luhmann 1969; dazu Stollberg-Rilinger und Krischer 2010). An vormodernen Wahlen nahmen aber stets nur Wenige aktiv teil. Wenn die Ergebnisse dennoch als legitim galten, so unter anderem deshalb, weil ein ganz anderes Repräsentationsverständnis vorherrschte als in der Moderne: Die Wähler – ob Kurfürsten oder Kurherren – waren Repräsentanten des Ganzen nach dem Prinzip des korporativen *pars pro toto*, der Identitätsrepräsentation. Der Teil stand für das Ganze, ohne dass das Ganze irgendeine größere Rechtsmacht gehabt hätte als der Teil.<sup>30</sup> Im Moment des Ratswechsels beziehungsweise der Thronvakanz repräsentierten die Kurfürsten das ganze Reich, die Kurherren die

---

29 Zitiert für dieses theoretische Desinteresse exemplarisch Marsilius von Padua, *Defensor pacis* I,15,2, der zum Thema Allokation von Ämtern lapidar bemerkt: „Das Verfahren der Einsetzung oder Wahl (*institutio aut electio*) wechselt nach Verschiedenheit der Länder.“

30 Vgl. oben Fußnote 11.

ganze Stadtgemeinde, und zwar nicht in dem Sinne, dass sie taten, was ihnen irgendjemand sachlich (gar aufgrund eines imperativen Mandats) aufgetragen hätte, und auch nicht im Sinne einer maßstabsgerechten sozialen Abbildlichkeit, sondern im Sinne einer symbolischen Identität.<sup>31</sup> Der Teil stellte das Ganze her und stellte es zugleich dar, sakramentaltheologisch gesprochen: in Realpräsenz. Indem der Teil handelte, handelte das Ganze, so dass, was der Teil tat, der Gesamtheit verbindlich zugerechnet wurde. Voraussetzung für diese Ineinssetzung von Teil und Ganzem war nur, dass das Verfahren sich in bestimmten solennen, das heißt förmlich-feierlichen, rituellen Formen vollzog.

8. Die Eskalationsgefahr von Konflikten war in vorstaatlicher Zeit, wie gesagt, hoch; Gewalt war schwer einzudämmen; Konflikte zwischen Einzelnen zogen schnell weite soziale Kreise. In ehrbewussten *face-to-face*-Gesellschaften musste Gesichtsverlust unbedingt vermieden werden. Um dieses Konfliktpotential gering zu halten und damit keine Angriffsfläche nach außen zu bieten, wurden, wie erwähnt, offene Entscheidungssituationen wie etwa unkalkulierbare öffentliche Abstimmungen und offener Meinungsstreit im Rahmen der Wahlverfahren so weit wie möglich vermieden. Nicht zuletzt deshalb spielte sich die letzte Stufe der Wahl fast immer in einem sehr kleinen Wählerkreis und in einem streng geheimen Konklave ab. Innerhalb dieses kleinen Wählerkreises konnte dann ausnahmsweise von Status- und Rangunterschieden abgesehen und Gleichheit der Wahlstimmen hergestellt werden. Das geschah etwa durch die Festlegung des Mehrheitsprinzips oder durch das Auslosen der Kurherren. Beides waren Methoden, um den zuletzt Wählenden zumindest eine gewisse Verfahrensaufnomie zu verschaffen.
9. Die genannten Eigenarten vormoderner Wahlen lassen sich darauf zurückführen, dass sie in vornehmlich stratifikatorisch differenzierten Gesellschaften stattfanden. Das Politische war noch kein autonomes Funktionssystem, das sich durch seine eigenen, autonomen Verfahren reproduziert hätte. Die Gesellschaft wurde zudem noch weitgehend über persönliche Anwesenheitskommunikation integriert; es gab noch keine abstrakt-generalisierten, geschriebenen Verfassungen im modernen Sinne, die die politische Organisation formalisiert und Vorrang vor einfachem Recht gehabt hätten. „Verfassung“ war vielmehr die gelebte normative Ordnung. Als solche aber bedurfte sie in viel grundsätzlicherer Weise der stets erneuten rituellen Performanz, als das in der Moderne der Fall ist.

---

31 Symptomatisch dafür ist, dass begrifflich manchmal zwischen der Gesamtgemeinde und ihren korporativen Repräsentanten nicht unterschieden wurde. So hieß z. B. in Bern der Große Rat „die Bürger“, in Deventer hießen die Vertreter der Stadtviertel „geschworene Gemeinde“, etc.

10. Entsprechend tief erscheint dann der Umbruch in der Revolutionsepoche.<sup>32</sup> In der Moderne sind allgemeine und gleiche Wahlen der zentrale Modus, in dem sich das Politische als autonomes gesellschaftliches Funktionssystem immer wieder selbst reproduziert, und zwar auf der Ebene der „Nation“. Erst seit der Revolution konstituieren die Wahlen „die politische Nation als egalitäre“, unbeschadet dessen, dass die Gewählten wieder eine politische Elite bilden (so Brandt 2001, S. 151). Moderne politische Wahlen stellen unter den Wählern Egalität her, auch wenn ein Wahlzensus ganze Schichten vom aktiven und passiven Wahlrecht lange Zeit noch ausschließen mochte. Allgemeine, gleiche und geheime Wahlen sorgen dafür, dass von allen sozialen, wirtschaftlichen, religiösen Unterschieden im Hinblick auf das Verfahren *formaliter* abstrahiert wird. Das heißt, sie entkoppeln das politische System von den Strukturen der sozialen Ungleichheit, die in der Umwelt herrschen, und stellen es auf eine eigene Basis. Genau das war bei vormodernen Wahlen im Alten Europa nicht der Fall.

---

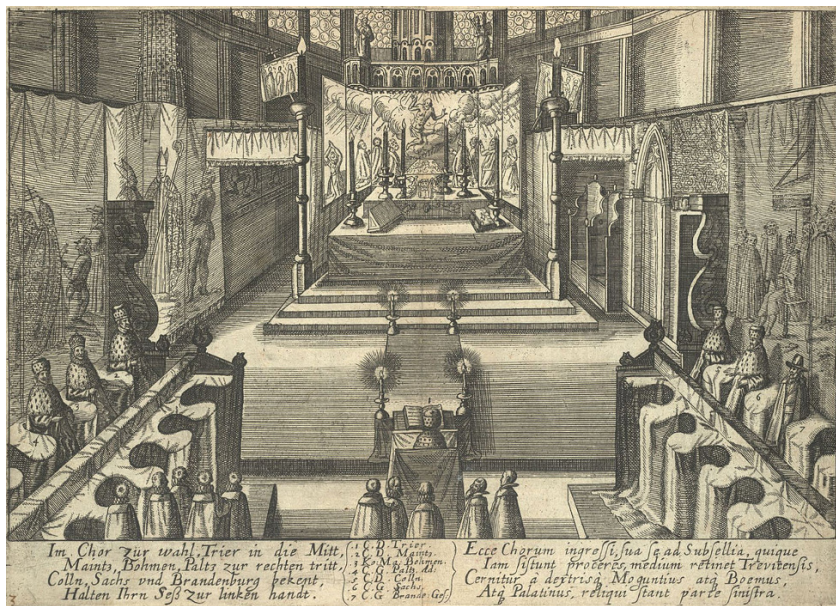
32 Zu den Wahlen in der Französischen Revolution siehe Rosanvallon (1992); Gueniffey (1993).

## Abbildungen



**Abb. 1** Die Kurfürsten reiten zur Wahl (1612). In: *Electio et coronatio sereniss. potentiss. et invictiss. principis [...] Matthiae I. electi rom. imperat. semper augusti etc. eiusq. sereniss. coniugis Annae Austriacae etc.*, [Frankfurt/Main] 1612





**Abb. 2** Die Kurfürsten in der Wahlkapelle in Frankfurt (1612). In: *Electio et coronatio sereniss. potentiss. et invictiss. principis [...] Matthiae I. electi rom. imperat. semper augusti etc. eiusq. sereniss. coniugis Annae Austriacae etc.* [Frankfurt/Main] 1612



**Abb. 3** Kaiserlicher Wappenbrief, 18. Jahrhundert



**Abb. 4-5** Porträts der Ingolstädter Ratsherren mit ihren Geschlechterwappen in ungebrochener Kontinuität vom 15. bis zum späten 18. Jahrhundert (Aus: Ingolstädter Privilegienbuch, Prunkhandschrift, Auszüge (ULR: [http://www.ingolstadt.de/stadtmuseum/reload\\_frameset.cfm?url=http%3A//www.ingolstadt.de/stadtmuseum/documents/privilegienbuch\\_mi.htm](http://www.ingolstadt.de/stadtmuseum/reload_frameset.cfm?url=http%3A//www.ingolstadt.de/stadtmuseum/documents/privilegienbuch_mi.htm), Zugriff 25.10.2014)

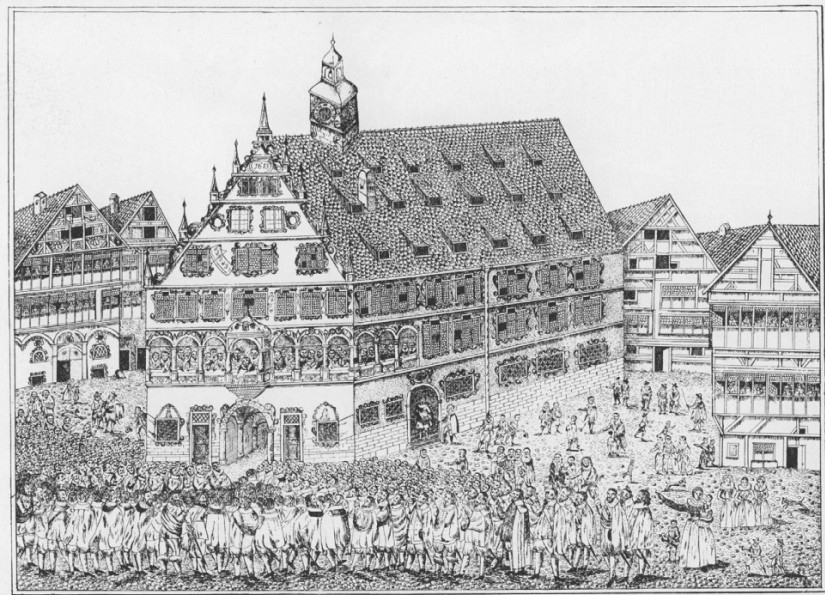




**Abb. 6** Die Ratsherren von Toulouse im Schutz der zwölf Apostel. Miniatur von 1412, in: Poeck, *Rituale der Ratswahl*, Abb.19.



**Abb. 7** Der Heilige Geist erfüllt den Rat von Toulouse. Miniatur von 1447, in: Poeck, *Rituale der Ratswahl*, Abb.20.



**Abb. 8** Die Ulmer Bürgerschaft leistet kollektiv den Bürgereid (Kupferstich von Rudolf Ellenrieder, 1823, nach einer Gouache von Jonas Arnhold, 1650; in: Stollberg-Rilinger, *Rituale*, S. 119.



## Literatur

- Blickle, Peter. 1973. *Landschaften im Alten Reich. Die staatliche Funktion des gemeinen Mannes in Oberdeutschland*. München: Beck.
- Brandt, Harm-Hinrich. 2001. Neoständische Repräsentationstheorie und das frühkonsitutionelle Wahlrecht. In *Wahlen und Wahlrecht*, hrsg. Wilhelm Brauneder, 133–162. Berlin: Duncker & Humblot.
- Brauneder, Wilhelm (Hrsg.). 2001. *Wahlen und Wahlrecht*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Brockhoff, Evelyn und Michael Matheus (Hrsg.). 2006. *Die Kaisermacher. Frankfurt am Main und die Goldene Bulle, 1356–1806*. Frankfurt/Main: Societäts-Verlag.
- Buchstein, Hubertus. 2000. Öffentliche und geheime Stimmabgabe. Eine wahlrechtshistorische und ideengeschichtliche Studie. Baden-Baden: Nomos.
- Buchstein, Hubertus. 2009. *Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU*. Frankfurt/Main, New York: Campus-Verlag.
- Chittolini, Giorgio und Dietmar Willoweit (Hrsg.). 1992. *Statuten, Städte und Territorien zwischen Mittelalter und Neuzeit in Italien und Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Christin, Olivier. 2014. *Vox Populi. Une histoire du vote avant le suffrage universel*. Paris: Seuil.
- Dartmann, Christoph, Günther Wassilowsky, und Thomas Weller (Hrsg.). 2010. *Technik und Symbolik vormoderner Wahlverfahren*. München: Oldenbourg.
- Dilcher, Gerhard. 1996. *Bürgerrecht und Stadtverfassung im europäischen Mittelalter*. Köln: Böhlau.
- Dilcher, Gerhard. 1999. Stadt. In *Deutsche Rechtsgeschichte. Land und Stadt, Bürger und Bauer im Alten Europa*, hrsg. Karl Bader und Gerhard Dilcher, 251–8827. Berlin u. a.: Springer.
- Dörner, Andreas und Ludgera Vogt (Hrsg.). 2002. *Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein demokratisches Ritual*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Ebel, Wilhelm. 1958. *Der Bürgereid als Geltungsgrund und Gestaltungsprinzip des deutschen Stadtrechts*. Weimar: Böhlau.
- Edelman, Murray J. 1984. *The Symbolic Uses of Politics*. Urbana/Chicago: University of Illinois Press.
- Fritz, Wolfgang D. (Bearb.). 1972. Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. vom Jahre 1356 (*Monumenta Germaniae Historica, Fontes iuris Germanici in usum scholarum separatim editi, Bd. 11*, hrsg. Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde.) Weimar: Böhlau.
- Ehbrecht, Winfried (Hrsg.). 1994. *Verwaltung und Politik in Städten Mitteleuropas. Beiträge zu Verfassungsform und Verfassungswirklichkeit in altständischer Zeit*. Köln und Weimar: Böhlau.
- Erkens, Franz-Reiner (Hrsg.). 1998. *Die früh- und hochmittelalterliche Bischofserhebung im europäischen Vergleich*. Köln u. a.: Böhlau.
- Flaig, Egon (Hrsg.). 2013b. *Genesis und Dynamiken der Mehrheitsentscheidung*. München: Oldenbourg.
- Flaig, Egon. 2013a. *Die Mehrheitsentscheidung. Entstehung und kulturelle Dynamik*. Paderborn: Schöningh.
- Füssel, Marian. 2008. Zeremoniell und Verfahren. Zur Wahl und Einsetzung des Rektors an der frühneuzeitlichen Universität. In *Orte der Gelahrtheit*, hrsg. Daniela Siebe, 119–142. Stuttgart: Steiner.
- Gatzka, Claudia, Hedwig Richter, und Benjamin Schröder (Hrsg.). 2013. *Wahlen in der transatlantischen Moderne*. Leipzig: Leipziger Universitäts-Verlag.

- Goppold, Uwe. 2007. *Politische Kommunikation in den Städten der Vormoderne. Zürich und Münster im Vergleich*. Köln u. a.: Böhlau.
- Gueniffey, Patrice. 1993. *Le nombre et la raison. La révolution française et les elections*. Paris: Editions de l'Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales.
- Hergemöller, Bernd-Ulrich. 1983. *Fürsten, Herren, Städte zu Nürnberg 1355/56. Die Entstehung der „Goldenen Bulle“ Karls IV.* Köln und Wien: Böhlau.
- Hofmann, Hasso. 1988. Der spätmittelalterliche Rechtsbegriff der Repräsentation in Staat und Kirche. *Der Staat* 27, 523–546.
- Hofmann, Hasso. 2003. *Repräsentation. Studien zur Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zum 19. Jahrhundert*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Hohensee, Ulrike (Hrsg.). 2009. *Die Goldene Bulle. Politik, Wahrnehmung, Rezeption*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Holenstein, André. 1991. *Die Huldigung der Untertanen. Rechtskultur und Herrschaftsordnung (800-1800)*. Stuttgart u. a.: Fischer.
- Isenmann, Eberhard. 2012. *Die deutsche Stadt im Mittelalter 1150–1550. Stadtgestalt, Recht, Verfassung, Stadtrecht, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft*. Köln u. a.: Böhlau.
- Jehne, Martin. 2010. Die Dominanz des Vorgangs über den Ausgang. Struktur und Verlauf der Wahlen in der römischen Republik. In *Technik und Symbolik vormoderner Wahlverfahren*, hrsg. Christoph Dartmann, Günther Wassilowsky, und Thomas Weller, 17–34. München: Oldenbourg.
- Jessen, Ralph und Hedwig Richter (Hrsg.). 2001. *Voting for Hitler and Stalin. Elections Under 20th Century Dictatorships*. Frankfurt/Main: Campus-Verlag.
- Keller, Hagen. 1988. „Kommune“. Städtische Selbstregierung und mittelalterliche „Volks-herrschaft“ im Spiegel italienischer Wahlverfahren des 12.–14. Jahrhunderts. In *Person und Gemeinschaft im Mittelalter*, hrsg. Gerd Althoff, 573–616. Sigmaringen: Thorbecke.
- Keller, Hagen. 1990. Wahlformen und Gemeinschaftsverständnis in den italienischen Stadtkommunen (12./14. Jahrhundert). In *Wahlen und Wählen im Mittelalter*, hrsg. Reinhard Schneider und Harald Zimmermann, 345–374. Sigmaringen: Thorbecke.
- Keller, Hagen. 2010. Wählen im früheren Mittelalter. In *Technik und Symbolik vormoderner Wahlverfahren*, hrsg. Christoph Dartmann, Günther Wassilowsky, und Thomas Weller, 35–52. München: Oldenbourg.
- Keuten, Friedrich (Hrsg.). 1965 [1901]. *Urkunden zur städtischen Verfassungsgeschichte*. Aalen: Scientia-Verlag.
- Kishlansky, Mark A. 1986. *Parliamentary Selection. Social and Political Choice in Early Modern England*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Koch, Rainer und Patricia Stahl (Hrsg.). 1986. *Wahl und Krönung in Frankfurt am Main*. Frankfurt/Main: Historisches Museum Frankfurt a. M.
- Koenigsberger, Helmut G. und Elisabeth Müller-Luckner (Hrsg.). 1988. *Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit*. München: Oldenbourg.
- Krischer, André. 2006. *Reichsstädte in der Fürstengesellschaft. Politischer Zeichengebrauch in der Frühen Neuzeit*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Lane, Frederic C. 1980. *Seerepublik Venedig*, München: Prestel.
- Lüdicke, Reinhard (Hrsg.). 1930. *Die Stadtrechte der Grafschaft Mark. Unna*. Münster: Aschendorff.
- Luhmann, Niklas. 1969. *Legitimation durch Verfahren*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Mager, Wolfgang. 1972. Artikel Republik. In *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politischen-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5, 549–651. Stuttgart: Klett-Cotta.

- Mager, Wolfgang. 2004. Genossenschaft, Republikanismus und konsensgestütztes Ratsregiment. In *Aspekte der politischen Kommunikation im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts: politische Theologie – Res Publica-Verständnis – konsensgestützte Herrschaft*, hrsg. Luise Schorn-Schütte, 13–122. München: Oldenbourg.
- Maleczek, Werner. 1990. Abstimmungsarten. Wie kommt man zu einem vernünftigen Wahlergebnis? In *Wahlen und Wählen*, hrsg. Reinhard Schneider und Harald Zimmermann, 79–134. Sigmaringen: Thorbecke.
- Manin, Bernard. 1995. *Principes du gouvernement représentatif*. Paris: Calmann-Lévy.
- Meier, Ulrich und Klaus Schreiner. 1994. Regimen civitatis. Zum Spannungsverhältnis von Freiheit und Ordnung in alteuropäischen Stadtgesellschaften. In *Stadtregiment und Bürgerfreiheit. Handlungsspielräume in deutschen und italienischen Städten des Mittelalters und der frühen Neuzeit*, hrsg. Ulrich Meier und Klaus Schreiner, 11–34. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Najemy, John M. 1982. *Corporatism and Consensus in Florentine Electoral Politics, 1280–1400*. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Neu, Tim, Michael Sikora, und Thomas Weller (Hrsg.). 2009. *Zelebrieren und Verhandeln. Zur Praxis ständischer Institutionen im frühneuzeitlichen Europa*. Münster: Rhema.
- Neuhaus, Helmut. 1997. Die römische Königswahl vivente imperatore in der Neuzeit. In *Neue Studien zur frühneuzeitlichen Reichsgeschichte*, hrsg. Johannes Kunisch, 1–53. Berlin: Duncker & Humblot.
- Nippel, Wilfried. 2008. *Antike oder moderne Freiheit? Die Begründung der Demokratie in Athen und in der Neuzeit*. Frankfurt/Main: Fischer.
- O’Gorman, Frank. 1992. Campaign Rituals and Ceremonies. The Social Meaning of Elections in England, 1780–1860. *Past & Present* 135: 79–115.
- Péneau, Corinne (Hrsg.). 2008. *Élections et pouvoirs politiques du VII<sup>e</sup> au XVII<sup>e</sup> siècle*, Bd. I. Pompignac: Bière.
- Péneau, Corinne (Hrsg.). 2010. *Élections et pouvoirs politiques du VII<sup>e</sup> au XVII<sup>e</sup> siècle*, Bd. II. Paris: Éditions Bière.
- Podlech, Adalbert. 1984. Repräsentation. In *Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politischen-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5, hrsg. Otto Brunner, Werner Conze, und Reinhard Koselleck, 509–547. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Poeck, Dietrich W. 2003. *Rituale der Ratswahl. Zeichen und Zeremoniell der Ratssetzung in Europa*. Köln u. a.: Böhlau.
- Prak, Maarten. 1994. Verfassungsnorm und Verfassungsrealität in den niederländischen Städten des späten 17. und 18. Jahrhunderts. In *Verwaltung und Politik in Städten Mitteleuropas*, hrsg. Wilfried Ehbrecht, 55–83. Köln: Böhlau.
- Reuling, Ulrich. 1990. Zur Entwicklung der Wahlformen bei den hochmittelalterlichen Königserhebungen im Reich. In *Wahlen und Wählen*, hrsg. Reinhard Schneider und Harald Zimmermann, 227–270. Sigmaringen: Thorbecke.
- Rogge, Jörg. 2006. *Die deutschen Könige im Mittelalter. Wahl und Krönung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Rosanvallon, Pierre. 1992. *Le sacre du citoyen. Histoire du suffrage universel en France*. Paris: Gallimard.
- Rüther, Stefanie. 2008. Herrschaft auf Zeit. Rituale der Ratswahl in der vormodernen Stadt. In *Spektakel der Macht. Rituale im Alten Europa 800–1800. Ausstellungskatalog*, hrsg. Barbara Stollberg-Rilinger et al., 33–37. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.

- Rüther, Stefanie. 2010. Eine sichere Wahl? Geleit, Verfahren und Versprechen in der spätmittelalterlichen Königswahl. In *Technik und Symbolik vormoderner Wahlverfahren*, hrsg. Christoph Dartmann, Günther Wassilowsky, und Thomas Weller, 71–94. München: Oldenbourg.
- Schilling, Heinz. 1988. Gab es im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit in Deutschland einen städtischen „Republikanismus“? In *Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit*, hrsg. Helmut G. Koenigsberger und Elisabeth Müller-Luckner, 101–143. München: Oldenbourg.
- Schlaich, Klaus. 1977. Majoritas, protestatio, itio in partes, corpus evangelicorum. Das Verfahren im Reichstag des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nach der Reformation. *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte*, Kanonistische Abteilung, 94: 264–299; 95: 139–179.
- Schlaich, Klaus. 1983. Die Mehrheitsabstimmung im Reichstag zwischen 1495 und 1613. *Zeitschrift für Historische Forschung* 10: 299–340.
- Schlögl, Rudolf (Hrsg.). 2009. *Urban Elections and Decision-Making in Early Modern Europe, 1500-1800*. Newcastle: Cambridge Scholars Publishing.
- Schlögl, Rudolf. 2004. Vergesellschaftung unter Anwesenden. Zur kommunikativen Form des Politischen in der vormodernen Stadt. In *Interaktion und Herrschaft. Die Politik der frühneuzeitlichen Stadt*, hrsg. Rudolf Schlögl, 9–62. Konstanz: UVK Verlags-Gesellschaft.
- Schlotterose, Bruno. 1953. *Die Ratswahl in den deutschen Städten des Mittelalters*. Münster: Dissertation.
- Schmitt, Sigrid. 2001. Wahlen zu ländlichen Ämtern. In *Wahlen und Wahlrecht*, hrsg. Wilhelm Brauneder, 71–95. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schneider, Reinhold und Harald Zimmermann (Hrsg.). 1990. *Wahlen und Wählen im Mittelalter*. Sigmaringen: Thorbecke.
- Schraut, Sylvia. 2001. Die Bischofswahl im Alten Reich seit Mitte des 17. Jahrhunderts, *Vormoderne politische Verfahren*, hrsg. Barbara Stollberg-Rilinger, 119–138. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schreiner, Klaus. 2001. Wahl, Amtsantritt und Amtsenthebung von Bischöfen. In *Vormoderne politische Verfahren*, hrsg. Barbara Stollberg-Rilinger, 73–118. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schubert, Ernst. 1999. *Kurfürsten*, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 5, Sp.1581–1583. München/Zürich: Artemis-Verlag.
- Schulz, Knut. 1990. Wahlen und Formen der Mitbestimmung in der mittelalterlichen Stadt des 12./13. Jahrhunderts. In *Wahlen und Wählen im Mittelalter*, hrsg. Reinhard Schneider und Harald Zimmermann, 323–344. Sigmaringen: Thorbecke.
- Schwerhoff, Gerd. 2010. Wahlen in der vormodernen Stadt zwischen symbolischer Partizipation und Entscheidungsmacht. In *Technik und Symbolik vormoderner Wahlverfahren*, hrsg. Christoph Dartmann, Günther Wassilowsky, und Thomas Weller, 95–116. München: Oldenbourg.
- Schwinges, Rainer C. 1992. *Rektorwahlen. Ein Beitrag zur Verfassungs-, Sozial- und Universitätsgeschichte des alten Reiches im 15. Jahrhundert*. Sigmaringen: Thorbecke.
- Sikora, Michael. 2004. Formen des Politischen. Der frühmoderne deutsche Reichstag in systemtheoretischer Perspektive. In *Geschichte und Systemtheorie*, hrsg. Frank Becker, 157–184. Frankfurt/Main: Campus-Verlag.
- Sintomer, Yves. 2011. *Petite histoire de l'expérimentation démocratique*. Tirage au sort et politique d'Athènes à nos jours. Paris: La Découverte.

- Stollberg-Rilinger, Barbara. 1997. Zeremoniell als politisches Verfahren, in *Neue Studien zur frühneuzeitlichen Reichsgeschichte*, hrsg. Johannes Kunisch, 91–132. Berlin: Duncker & Humblot.
- Stollberg-Rilinger, Barbara. 2001. *Vormoderne politische Verfahren*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Stollberg-Rilinger, Barbara. 2013a. *Des Kaisers alte Kleider. Verfassungsgeschichte und Symbolsprache des Alten Reiches*. München: Beck.
- Stollberg-Rilinger, Barbara. 2013b. *Rituale*, Frankfurt/Main: Campus-Verlag.
- Stollberg-Rilinger, Barbara. 2014. Von der Schwierigkeit des Entscheidens. In *Glanzlichter der Wissenschaft. Ein Almanach*, hrsg. Deutscher Hochschulverband, 145–154. o. O.: Lucius.
- Stollberg-Rilinger, Barbara und André Krischer. 2010. *Herstellung und Darstellung verbindlicher Entscheidungen. Verfahren, Verwalten und Verhandeln in der Vormoderne*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Stolleis, Michael (Hrsg.). 1991. *Recht, Verfassung und Verwaltung in der frühneuzeitlichen Stadt*. Köln: Böhlau.
- Thier, Andreas. 2011. *Hierarchie und Autonomie. Regelungstraditionen der Bischofsbestellung in der Geschichte des kirchlichen Wahlrechts bis 1140*. Frankfurt/Main: Klostermann.
- Gelderen, Martin van und Quentin Skinner (Hrsg.). 2002. *Republicanism. A Shared European Heritage*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gierke, Otto von. 1868–1913. *Das deutsche Genossenschaftsrecht*, 4 Bde. Berlin: Weidmann.
- Wanger, Bernd Herbert. 1994. *Kaiserwahl und Krönung im Frankfurt des 17. Jahrhunderts*. Frankfurt/Main: Kramer.
- Wassilowsky, Günther. 2010. Werte- und Verfahrenswandel bei den Papstwahlen in Mittelalter und Früher Neuzeit. In *Technik und Symbolik vormoderner Wahlverfahren*, hrsg. Christoph Dartmann, Günther Wassilowsky, und Thomas Weller, 139–182. München: Oldenbourg.
- Weber, Max. 1999 [1921]. Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Die Stadt. In *Max Weber Gesamtausgabe*, Bd. 22,5, hrsg. Wilfried Nippel. Tübingen: Mohr.
- Weller, Thomas. 2011. Wahlen. In *Enzyklopädie der Neuzeit*, Bd. 14, hrsg. Friedrich Jaeger, Sp. 496–499. Stuttgart und Weimar: Metzler.
- Weller, Thomas. 2010. Einleitung. In *Technik und Symbolik vormoderner Wahlverfahren*, hrsg. Christoph Dartmann, Günther Wassilowsky, und Thomas Weller, 1–16. München: Oldenbourg.
- Wölk, Monika. 1984. Wahlbewusstsein und Wahlerfahrungen zwischen Tradition und Moderne. *Historische Zeitschrift* 238, 311–352.
- Woyke, Wichard. 1996. *Stichwort Wahlen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Würgler, Andreas. 2004. Zwischen Verfahren und Ritual. Entscheidungsfindung und politische Integration in der Stadtrepublik Bern in der Frühen Neuzeit. In *Interaktion und Herrschaft. Die Politik der frühneuzeitlichen Stadt*, hrsg. Rudolf Schlögl, 63–91. Konstanz: UVK Verlags-Gesellschaft.
- Zeumer, Karl. 1908. *Die Goldene Bulle Karls IV.* Weimar: Böhlau.



Kultur und Praxis der Wahlen

Eine Geschichte der modernen Demokratie

Richter, H.; Buchstein, H. (Hrsg.)

2017, VI, 358 S. 27 Abb., 20 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-16097-5